

Zwischen Regierungsoptimismus und Realitätsverlust

Bei der Suche auf der Website des Bundesfinanzministeriums nach interessanten Themen für das monatliche Editorial, bin ich auf der Startseite über ein Zitat des Bundesfinanzministers zum Thema „Ergebnisse der jüngsten Steuerschätzung“ getroffen, das mich dazu veranlasst hat, das monatliche Editorial dem Titel dieser Ausgabe zu widmen.

Bundesfinanzminister und Vizekanzler Lars Klingbeil erklärte in dieser Verlautbarung „Was wir tun, wirkt. Unser Investitionspaket ist ein starker Impuls für neues Wirtschaftswachstum. Die positiveren Aussichten zeigen sich auch in steigenden Steuereinnahmen.“

Es wird klar, diese Worte sollen Zuversicht vermitteln.

Doch nach unseren Erfahrungen klingt das in den Betrieben anders. Aktuell fragt man sich eher, wer bei Prüfung der steigenden Mitarbeiterlöhne, exorbitanten Stromrechnungen und Steuerbescheiden überhaupt noch Investitionsentscheidungen positiv trifft. Wenn doch, dann fragt man „was genau wirkt – und für wen?“

Während die Regierung Fortschritt verkündet, erleben viele Unternehmer das Gegenteil. Wachstumsstillstand, lähmende Bürokratie, steigende Abgaben und ein Gefühl, dass sich politische Aufmerksamkeit von der wirtschaftlichen Realität entkoppelt hat.

Politische Botschaften und betriebliche Wirklichkeit

Wer die öffentliche Kommunikation verfolgt, registriert regierungsseitige Erfolgsmeldungen: - steigende Steuereinnahmen, - verbesserte Konjunkturprognosen, - Rekordinvestitionen des Staates. Doch diese Zahlen spiegeln nur bedingt die Realität wider.

Ein Beispiel:

Ein metallverarbeitender Betrieb berichtet, dass er für die Beantragung eines Investitionszuschusses für eine neue Produktionslinie sieben Monate auf die Bewilligung warten musste, obwohl die Fördermittel bereits „aktiviert“ waren. Die Investition musste deshalb zwischenfinanziert werden – zu 7 % Zinsen!

Fazit: Das Programm „wirkt“ also erst, nachdem der Unternehmer die Durststrecke selbst überbrückt hat. Nicht immer geht dies geordnet über die Bühne.

Auch in anderen Branchen wiederholt sich das Muster: Ob Handwerksbetrieb, Logistiker oder Einzelhändler – fast alle spüren mehr Regulierung, mehr Berichtspflichten, längere Verfahren.

Was als Modernisierung gedacht ist, wird zunehmend als Belastung erlebt.

Zwischen Steuerschätzung und Realität

Ein Paradebeispiel dafür, dass Ursache und Wirkung verwechselt werden, stellt das Zitat unseres Finanzministers zum Thema „aktuelle Steuerschätzung“ dar.

Finanzminister Klingbeil verweist auf steigende Einnahmen und zieht daraus den Schluss, dass das „Investitionspaket“ bereits wirke. Doch wer mit Steuern tatsächlich zu tun hat weiß, das ist rechnerisch schlicht unmöglich.

Die aktuelle Steuerschätzung basiert auf laufenden Vorauszahlungen und Vorjahresergebnissen. Die Effekte neuer Investitionsprogramme zeigen sich frühestens mit den Steuererklärungen des Folgejahres, also erst nach dem Investitionszeitpunkt, nicht gleichzeitig mit ihm.

Wenn jetzt höhere Steuereinnahmen prognostiziert werden, liegt das nicht an neuen Wachstumsimpulsen, sondern

- an Inflationseffekten (höhere Preise -> höhere Umsätze -> höhere Steuerbasis),
- an Lohnsteigerungen, die Einkommensteuer und Sozialabgaben anheben,
- und teilweise an fehlenden Anpassungen der Vorauszahlungen, weil viele Betriebe ihre Ertragslage erst am Jahresende anpassen.

Folgen:

Der Staat profitiert momentan nicht von mehr Wertschöpfung, sondern von der Preisentwicklung und der Trägheit des Steuersystems.

Ein „Investitions-Booster“, der sich bereits in den Steuereinnahmen niederschlägt, ist ein rechnerisches Märchen, es sei denn man geht davon aus, die Unternehmen vergessen, ihre Vorauszahlungen zu senken.

Dass diese Kausalität politisch behauptet wird, zeigt weniger ökonomische Einsicht als den Versuch, fiskalische Effekte als politische Erfolge umzudeuten.

Für sie als Leser = Unternehmer, der jeden Monat Liquidität planen muss, muss dies wie eine Provokation wirken. Während der Staat Überschüsse meldet, kämpfen Sie in Ihren Betrieben mit Nachzahlungen, Liquiditätsengpässen und ausbleibender Nachfrage.

Parallel dazu verlagert sich der öffentliche Diskurs immer stärker auf Nebenschauplätze. Die endlose Debatte über Stadtbilder füllt Sendezeit, Spalten und Schlagzeilen, während die existentiellen Wirtschaftsthemen kaum noch durchdringen.

Natürlich ist darüber zu sprechen und zu berichten. Aber wenn in den Hauptnachrichten tagelang über Demonstrationen gegen die Aussagen des Kanzlers berichtet wird, während zigtausende Arbeitsplätze wegbrechen und Insolvenzen auf Höchstniveau zu bedauern sind, dann läuft etwas schief.

Hinzu kommt die anhaltende politische Selbstbeschäftigung. Die ständige Kritik an Kanzler Merz, teils aus der SPD, teils aus der eigenen Partei („Compass Mitte“), steht exemplarisch für eine politische Kultur, die mehr mit interner Positionierung als mit inhaltlicher Führung beschäftigt ist. Man stellt sich die Frage, wie lange das noch gut geht. Es entsteht der Eindruck, dass sich die Koalition selbst zersetzt und somit jegliches intellektuelle Kraftzentrum verliert, das eine zukunftsgerichtete Politik dringend bräuchte.

Anmerkungen:

Es wird keine klare Richtung für das Land möglich.

Hinzu kommt das offensichtliche Fehlen einer klaren, wirtschaftsfördernden Regierungspolitik. Dies öffnet den Raum für Stimmen aus der „zweiten Reihe“ der Koalitionsparteien (Seeheimer Kreis, Jusos), die verstörende Positionspapiere mit großer medialer Wirkung veröffentlichen.

So kursieren Vorschläge zur Besteuerung bislang steuerfreier privater Veräußerungsgewinne, etwa bei Kryptowährungen oder Immobilien im Privatvermögen nach Ablauf der bisherigen Zehn-Jahres-Frist.

Derartige Vorschläge, ob ernst gemeint oder nur ein Testballon, erzeugen genau das, was eine fragile Volkswirtschaft am wenigsten braucht. Es steigert lediglich die Verunsicherung und somit den Vertrauensverlust.

Denn jeder Unternehmer, jeder private Investor und jeder Sparer, der sieht, dass die Politik selbst an den Grundpfeilern steuerlicher Verlässlichkeit rüttelt, überlegt zweimal, ob und wo er noch investiert. Diese Vorschläge schaffen nur, dass

- betroffene Steuerpflichtige ihr Kapital abziehen oder Investitionen verschieben,
- Unternehmen Rücklagen ins Ausland verlagern,
- jedermann beim Immobilienkauf zögert, usw.

Der Satz „**Was wir tun, wirkt**“ mag für die Regierungstatistik gelten.

Für Betroffene gilt dagegen: **Was sie tun, bremst.**

Wenn die Politik nicht bald gestaltet statt zu verwalten, verliert der Standort seine Zuversicht und Zukunft. Wenn dies geschieht, sind Diskussionen und Demonstrationen zum Thema Stadtbild überflüssig.

Mit freundlichen Grüßen aus dem Merian Forum

Gerhard Weichselbaum

vereidigter Buchprüfer, Steuerberater

©